

Aufschubs um wenige Monate bedurft – bis zum Frühjahr nächsten Jahres, wenn in Schleswig-Holstein ein neuer Landtag gewählt wird. Dann muß, dessen sind sich die SPD-Oberen entgegen allen öffentlichen Bekundungen Engholms („frühestens in zwei Jahren“) einig, der Kieler Ministerpräsident sagen, ob er gegen Kohl antritt oder Oskar Lafontaine den Vortritt läßt für einen zweiten Anlauf zum Kanzleramt.

Die Parteioberen, vom Vorsitzenden Engholm bis hin zu seinen Stellvertretern Johannes Rau, Lafontaine, Däubler-Gmelin und Wolfgang Thierse, waren nicht imstande, die Entscheidung um den Fraktionsvorsitz so zu steuern, daß Vogels Nachfolger im Zusammenspiel mit dem nächsten Kanzlerkandidaten der Partei den entscheidenden Schub geben kann.

In den beiden letzten Wahlkämpfen zum Bundestag hatten Spannungen zwischen der Fraktion und den Kandidaten – Rau 1987, Lafontaine 1990 – das Erscheinungsbild der Partei verdüstert. Um so wichtiger wäre jetzt, wenigstens im Präsidium, eine Diskussion um die Person des nächsten Fraktionschefs und des nächsten Kanzlerkandidaten gewesen.

Präsidiumsfrau Heidemarie Wiczorek-Zeul: „Man hätte die Auswirkungen für die Partei vorher im Präsidium diskutieren müssen.“

Doch Mut zum offenen Diskurs sah die Parteiführung nicht vor. Vogel hätte, außer Engholm und Willy Brandt, nur diejenigen eingeweiht, die von ihm selbst für das Duell um die Nachfolge ausersehen waren, Däubler-Gmelin und Dreßler. Bei Klose entschuldigte er sich in der vorigen Woche, er habe nicht mit dessen Kandidatur gerechnet.

Stellvertreter Rau erfuhr von Vogels Vorhaben durch Dreßler. Stellvertreter Lafontaine hörte die Neuigkeit von Dritten.

Im Präsidium wurde Vogels Mitteilung dann kommentarlos hingenommen; die Starre löste sich erst später im vertraulichen Tratsch. Niemand wagte eine offene Debatte.

Der Vorsitzende Engholm befürchtete wohl, damit würde er, der Zauderer, schon jetzt als Kanzlerkandidat festgelegt, bevor er seine schleswig-holsteinische Landtagswahl im Frühjahr bestanden hat.

Lafontaine hat nach der Wahlniederlage aus persönlicher Enttäuschung über Vogel und den SPD-Ehrenvorsitzenden Brandt auf den Vorsitz von Partei und Fraktion verzichtet und Partei-Interessen hintangestellt. Jetzt schweigt er, um seiner letzten Chancen willen.

Und noch einer verkneift sich den fälligen Kommentar – der Ehrenvorsitz-

zende Brandt, der in der vorigen Woche nach überstandener Operation wieder an seinen Schreibtisch zurückkehrte.

Alle drei Bewerber suchten seinen Rat, in der Hoffnung, es könne sogar Unterstützung dabei herauspringen.

Mit der Antwort, die als erster Rudolf Dreßler empfing, mußten sich auch Herta Däubler-Gmelin und Hans-Ulrich Klose zufriedengeben: „Wenn du gewählt wirst, hast du meine volle Unterstützung.“ Brandt sprach's und freute sich diebisch.

FDP

Geisel der Neuen

Bei den Liberalen setzen sich zunehmend alte Kader aus den ehemaligen Blockparteien durch.

In betretenes Schweigen verfielen die Delegierten des FDP-Parteitag in Suhl, als der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Wolfgang Kubicki bei den Wahlen zum Bundesvorstand zum zweiten Mal durchgefallen war. Dessen spezieller Parteifeind, der Bundesvorsitzende Otto Graf Lambsdorff, erbot sich, den Geschlagenen persönlich in einem dritten Wahlgang zu empfehlen – als Zeichen der „Versöhnung“.

Doch Kubicki wollte keinen faulen Frieden. Er akzeptierte die Strafe, die ihm der Parteitag zugedacht hatte, weil er an ein Tabu gerührt hatte: Kubicki bezichtigte den neuen Generalsekretär

und einstigen Funktionär der Blockpartei LDPD, Uwe-Bernd Lühr, früher den Sozialismus „bejubelt“ zu haben.

Das wollte der Betroffene nicht hören, seine Anhänger wollten es nicht akzeptieren.

Gern hatte die FDP bei der Vereinigung die gefüllten Kassen, die schönen Grundstücke und die zahlreichen Mitglieder von LDPD und auch NDPD übernommen. Die Bonner Parteiführung behauptet seitdem, schon früh hätten die Ost-Liberalen die Erneuerung ins Werk gesetzt – mit stolzem Ergebnis: „Die FDP hat keine Blockflöten-Probleme mehr“, so der Generalsekretär.

Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die FDP-Spitze bemüht sich, eine unliebsame Diskussion zu unterdrücken. Mit der Vereinigung haben die Liberalen eine zweifelhafte Mitgift erhalten. Der gewaltige Mitgliederzuwachs aus den beiden ehemaligen Blockparteien entwickelt sich zur Hypothek: Sie zwingt die Partei zur Rücksichtnahme auf die einstigen Steigbügelhalter des SED-Regimes. Die FDP ist Geisel der Neuen aus dem Osten.

Vergessen sind die Bedenken aus den Revolutionstagen, ob die West-Liberalen sich mit den alten Blockparteien gemein machen oder lieber mit der neu gegründeten Ost-FDP fusionieren sollten.

Die bundesdeutschen Liberalen, voran Hans-Dietrich Genscher, fielen massenhaft zu Besuchsreisen in Ostdeutschland ein und brachten die Botschaft mit, daß Freiheit allein durch soziale Chancen garantiert werde.

Zugleich sollte die personelle Integration gefördert, mußten Ost-Liberale auf Posten gehievt werden. Ein schöner Erfolg: Der einstige LDPD-Funktionär



Parteifreunde Lühr, Lambsdorff: „Keine Blockflöten-Probleme mehr“

Rainer Ortleb, inzwischen Bildungsminister, repräsentiert die neuen Bundesländer in der Parteispitze – der Ost-FDP-Gründer Bruno Menzel aber ist out.

Der bisherige Vize Gerhart Rudolf Baum wurde in Suhl nicht wiedergewählt. Dem Kölner Ex-Minister nahmen die Blockflöten übel, daß er sich von einem der Ihren distanziert hatte, vom ehemaligen DDR-Bauminister Axel Viehweger, der unter dem Verdacht stand, ein Stasi-Spitzel gewesen zu sein – und inzwischen aus der sächsischen FDP-Fraktion ausgeschlossen worden ist.

Erst allmählich trauen sich die einstigen Mitglieder der Ost-FDP, von denen nur wenige im Bundestag sitzen, Protest gegen die Übermacht der alten Funktionäre, im Parteijargon „rotgelbe Socken“ genannt, zu erheben.

Menzel hat erkannt, daß er „zu blauäugig“ war. Die Ehemaligen, vor allem aus der LDPD, hätten dagegen aus einem „gewissen Zusammengehörigkeitsgefühl“ Seilschaften gebildet.

Die Alt-Liberale Hildegard Hamm-Brücher bedauert, daß die „nützlichen Idioten der SED“ auch im Westen schon wieder obenauf sind: „Ich finde, daß wir die falschen Osis promovieren.“

Burkhard Hirsch, ein anderer Querkopf der Liberalen, der selber einst aus Halle floh, mag ebenfalls nicht Nachsicht üben: „Wenn Opportunismus das Normale sein soll, was bin ich dann für ein dummer Hund gewesen.“

Querdenker und Jüngere drängen vergebens zur Aufarbeitung der Vergangenheit. „Wer den Mund aufmacht“, beschreibt Vorstandler Guido Westerwelle die Stimmung, „kommt leicht in den Ruf eines Nestbeschmutzers.“ Er hofft darauf, daß sich die Liberalen endlich besinnen: „Die Diskussion geht jetzt los.“

Das ist kaum zu glauben. Mit vielen Tricks versuchen zum Beispiel FDP-Rechte in Berlin, zusammen mit Unterstützung aus Bonn ein Ausschlußverfahren gegen einen der Schlimmsten, den Ex-LDPD-Chef und Honecker-Spezi Manfred Gerlach, zu verschleppen (SPIEGEL 31/1991).

Eine schwierige Lage: Kommt das Verfahren, für das Berliner FDP-Linke und Opfer der SED-Herrschaft gesorgt haben, nicht voran, wollen etliche Parteifreunde austreten. Wird Gerlach aber ausgeschlossen, haben ganze Kreisverbände, vor allem aus Mecklenburg-Vorpommern, mit Auszug gedroht.

Alte Funktionäre aus dem zweiten und dritten Glied sind inzwischen komfortabel untergekommen. Joachim Günther, LDPD-Kreisvorstandsmitglied aus Plauen, ist Parlamentarischer Staatssekretär bei Parteifreundin Irmgard Schwaezter im Bonner Bauministerium.



Parteifreunde Ortleb, Gerlach (1990): „Mein erstes Argument ist die Uniform“

Gerlachs früherer Vize Hans-Dieter Raspe wurde von der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung auf Posten nach Südamerika entsandt.

Auch in der Berliner FDP-Zentrale haben sich LDPD-Veteranen eingemischt. Ludwig Venus, der seinem früheren Vorgesetzten Gerlach rechtswidrig aus Parteibeständen einen Bungalow am Köröser See verschaffte, darf weiter die Ost-Partei betriebe verwalten.

Schatzmeister Hermann Otto Solms läßt sich in der Auseinandersetzung mit Treuhand und Parteienkommission um das Blockpartei-Vermögen von seinem Bevollmächtigten Gunter Krüger vertreten. Der hatte ehemals als LDPD-Bezirksvorsitzender in Rostock gefordert, „den untrennbaren Zusammenhang von Sozialismus und Frieden noch stärker zum Leitmotiv des Handelns zu machen“.

Derlei Ergebnisadressen an den sozialistischen Staat haben auch Bildungsminister Ortleb nicht geschadet. Als wissenschaftlicher Oberassistent an der Technischen Universität Dresden war er auf dem Weimarer LDPD-Parteitag 1977 als NVA-Reservist in voller Montur („Mein erstes Argument ist, für jeden sichtbar, die Uniform“) aufgetreten, um im SED-Deutsch den Klassenfeind abzuwehren: „Die Konsequenz, die Kriegskunst zu trainieren, wird uns täglich von der imperialistischen Tat aufgezwungen.“

Als Kölner Liberale daran erinnerten, antwortete ihnen Parteichef Lambsdorff: „Für geschulte Ohren waren die leisen Zwischentöne und ironischen Bemerkungen deutlich vernehmbar.“ Und

er rügte: „Beckmesserische Kritik zu solchem Verhalten, schon gar aus dem Westen, ist unangebracht.“

Mit solchen Expertisen macht sich Lambsdorff unbeliebt. Das schlechte Ergebnis bei seiner Wiederwahl in Suhl – nur knapp 67 Prozent – hat auch damit zu tun. Der Versuch, die Diskussion über das DDR-Erbe abzuwürgen, führt zu Konsequenzen, die der FDP-Spitze wenig behagen – zu Kritik an der alten Bonner Garde, die nicht weichen will.

Lambsdorff darf zwei weitere Jahre Vorsitzender bleiben; soviel wurde ihm zugestanden. Und Genscher? Schon fragen Parteifreunde, heimlich vorerst, ob 1994 nach dann 20 Jahren Amtszeit nicht ein Wechsel im Außenministerium fällig ist.

„Das ist das Zentralproblem der FDP“, so ein Genscher-Freund, „die Alten hängen an der Macht, verschleiben sich immer mehr, und die danach kommen, machen sich gegenseitig kaputt.“

Genscher, der Mann mit der Witte-rung, spürt die Stimmung. Mißmutig stellte er fest, daß ihn etliche Liberale, und dazu der Bundeskanzler, ins Amt des Bundespräsidenten fortloben wollten. Letzte Woche entschloß er sich in einem Zeitungsbeitrag zur Klarstellung: „Ich habe es schon oft erklärt, aber ich will es noch einmal wiederholen: Ich stehe für das Amt des Bundespräsidenten unter keinen Umständen und zu keiner Zeit zur Verfügung.“

Genschers Spekulation: So kann er noch eine Weile ohne weiteres Personalgerede bleiben, was er schon so lange ist: Außenminister. ◀